Kriminalpsychologie und gerichtliche Medizin.

Von Professor Dr. Gustav Aschaffenburg in Köln.

1. Die bevorstehende Reform der Strafgesetzgebung spiegelt sich naturgemäß auch in der Literatur wieder, die neben Einzelfragen auch eine Anzahl von Werken aufzuweisen hat, in denen zu der Genese des Verbrechens, der Natur der Verbrecher und der Art der Bekämpfung krimineller Neigungen Stellung genommen wird. Unter diesen verdient ein Buch besondere Beachtung wegen der Person des Verfassers. Cesare Lombroso: *Die Ursache und Bekämpfung des Verbrechens* (Berlin, Hugo Bermühler 02) läßt uns einen Einblick tun in die augenblickliche Auffassung des greisen Forschers, der sich langsam und allmählich zu einem Standpunkt durchgerungen, der nicht mehr sehr weit von dem der J.R.V. entfernt ist. Die größere Hälfte des Buches ist der Besprechung der Ursachen des Verbrechens gewidmet, unter denen, allerdings nicht gerade gleichwertig, meteorologische und klimatische Einflüsse, Bodenverhältnisse, Rasse, Kultur, Ernährung, Alkoholismus, Geistesbildung, wirtschaftliche Lage, Religion, Erziehung, Vererbung, Alter, Geschlecht, Nachahmung u. a. m. besprochen werden. Der zweite Teil behandelt die Vorbeugung und Heilung, ist voller gesunder Gedanken, wenn auch einzelne recht angreifbare Einzelheiten unterlaufen; im letzten Teil wird das Ganze zusammengefaßt und auf den Strafvollzug angewandt.

Die Zahl der geborenen Verbrecher wird auf etwa ein Drittel geschätzt; der körperlichen und geistigen Minderwertigkeit der geborenen Verbrecher steht der Leidenschaftsverbrecher gegenüber, dem körperliche und geistige Schönheit und Vollkommenheit zugesprochen wird.

Nicht zu verkennen ist leider, daß Lombroso, der sich gegenüber manchem seiner Gegner von den Fortschritten der Wissenschaft vielfach hat belehren lassen, in seiner Arbeitsweise unverändert geblieben ist. Kühne Behauptungen, oberflächliche Beweisführungen, unzulässige Verallgemeinerungen, krasse Widersprüche finden sich neben gut und zuverlässig begründeten Anschauungen, und zwar so häufig, daß der Genuß und, schlimmer noch, die Verwertbarkeit der Arbeit dadurch in Frage gestellt wird. Für kritische Leser ein gefährliches Buch; für den geschulten Kriminalpsychologen aber auf alle Fälle ein Werk, dem er manchen interessanten Hinweis, manche Anregung entnehmen kann. Der Übersetzung kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie den Ansprüchen in keiner Weise genügt.

2. Sehr klar und übersichtlich hat Robert Gaupp: *Über den heutigen Stand der Lehre vom „geborenen Verbrecher“* (Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform I S. 25) zu Lombroso Stellung genommen. Weber ein bestimmtes Stigma

noch eine Häufung morphologischer Abnormitäten berechnen zur Diagnose des *reo nato*; anderseits ist sicher, daß der geborene Verbrecher meist auch durch seine körperliche Beschaffenheit seine Andersartigkeit verrät. Die Verbrechernatur ist nur eine der krankhaften Spielarten des Menschengeschlechts. Nur diejenigen psychopathischen Personen, die eine angeborene sittliche Unfähigkeit und einen positiven Hang und Trieb zum Verbrechen zeigen, bei denen immanente pathologische Eigenschaften den Menschen zum Verbrecher machen, verdienen die Bezeichnung *delinquente nato*. Ihre Zahl dürfte aber nur sehr gering sein. Anderseits meint Gaupp, daß die energie- und haltlosen Menschen, deren Hauptsymptom die Willensschwäche ist, nicht als geborene Verbrecher zu betrachten sind. Ich bin anderer Ansicht. Ich kann nicht einsehen, warum man von solchen Menschen wegen ihrer negativen Eigenschaften nicht mit der gleichen Berechtigung wie von denen mit positiver krimineller Neigung sagen soll, sie seien eben wegen ihrer geistigen Veranlagung zum Verbrecher geboren. Aber darin stimmen wir durchaus überein, die Bezeichnung ist Nebensache; der geborene Verbrecher ist ein sozial unbrauchbares Individuum und muß als solches von der Gemeinschaft ferngehalten werden.

3. Kurella, Lombroso's treuester und intelligentester Anhänger in Deutschland, hat in einer etwas ungleichartig verfaßten Arbeit, *Die Grenzen der Zurechnungsfähigkeit und die Kriminalanthropologie* (Halle a. S., Gebauer & Schmetzke, 03), sich ebenfalls der sozialen Auffassung des Verbrechertums genähert. Von den geborenen Verbrechern meint er, daß „sie neben typischen seelischen typische körperliche Merkmale besitzen, und zwar haben sie diese Organisation, weil ihre Entwicklung durch einen atavistischen Rückschlag verändert worden ist.“ Kurella versucht durch eine eigenartige, aber zweifellos nicht uninteressante Methode, durch die Konstruktion von Häufigkeitskurven, nachzuweisen, daß tatsächlich die Annahme gewisser körperlicher Anomalien (kleiner Stirn, breiter Gesichter, großer Unterkiefer) völlig berechtigt sei.

4. Ferri: Die positive kriminalistische Schule in Italien (Neuer Frankfurter Verlag) gibt in drei Vorlesungen eine Zusammenfassung seiner Ansichten wieder, die, formvollendet und geistvoll, jedem, der sich über Ferris Anschauungen orientieren will, aufs wärmste empfohlen werden kann. Er bespricht die Entwicklung der klassischen Schule in der Richtung einer Sozialisierung, die Begründung, daß die Verbrechen auf anthropologische, tellurische und soziale Ursachen zurückzuführen sind, und endlich die positiven Vorschläge: Prophylaxe statt der Repression, Schadensvergütung, Abschaffung des Strafmaßes.

5. Forel et Mahaim: *Crime et anomalies mutales constitutionnelles. La plaie sociale des déséquilibres à responsabilité diminuée.* (Genève, Henry Kundig.) Der wichtigste Teil dieses Buches, das einige interessante Einzelfälle und eine

bemerkenswerte Auseinandersetzung über Anarchisten und Königs-
mörder enthält, ist der letzte, in dem Forel die Aufgabe skizziert,
die dem Psychiater in Zukunft zufallen würde, wenn der richtige
Wert auf sein Urteil gelegt würde. Alle Menschen mit angeborener
und gewohnheitsmäßiger Neigung zum Verbrechen, alle unverbesser-
lichen Geisteskranken mit antisozialen Tendenzen müssen für die mensch-
liche Gesellschaft unschädlich gemacht werden.

6. Kovalevsky, *La psychologie criminelle* (Paris, Vigot frères, 03) hält die Frage nach der körperlichen Grundlage der Verbrechernatur für unbewiesen, aber auch für nicht widerlegt, und vermeidet deshalb jede persönliche Stellungnahme. Die Schilderung der sozialen Ursachen ist etwas kurz, umso sorgfältiger und ausführlicher ist die Psychologie einzelner Verbrecherarten (Mörder, Diebe, Vagabunden, Dirnen). Von besonderem Interesse ist die Verwertung der Literatur seiner Landsleute durch den russischen Psychiater, der uns damit manche, der Sprache wegen sonst verschlossene, Quelle öffnet. Die angeborene kriminelle Neigung ist eine degenerative Erscheinung.

Am glänzendsten ist das Kapitel über den Kampf gegen das Verbrechen. Kovalevsky zollt den russischen Justizbeamten viel Lob und nennt sie die besten Elemente der Gesellschaft. Aber ihre Tätigkeit beurteilt er nach ihren Erfolgen und bezeichnet sie mit dem etwas scharfen Ausdruck als eine Art Don Quichottisme, einen Kampf gegen Windmühlen. Das Prinzip, das die begangenen Verfehlungen durch Leiden ausgleichen will, enthält so viel Scheinheiligkeit, Lüge und Falschheit, daß es besser wäre, es durch das Prinzip: Auge um Auge, Zahn um Zahn, zu ersetzen. Die „Behandlung“ des Verbrechers müsse sich nach seiner Eigenart richten. Der Gerichtshof sollte aus einer gleichen Zahl von Juristen und Ärzten, insbesondere Irrenärzten unter Vorsitz eines Juristen zusammengesetzt sein. Auf Grund ihrer Feststellungen über die Art der Kriminalität sei dann entweder die bedingte Verurteilung oder die Internierung auszusprechen. Die Internierung solle, je nach der Persönlichkeit, in einer Besserungsanstalt, in Kolonien, Fabriken, Farmen, Bergwerken geschehen, die Zeitdauer von der Besserung abhängig gemacht werden.

So kaiserlich und kühn diese Ideen klingen, man kann ihnen die Anerkennung der Folgerichtigkeit nicht versagen. Die Wärme der Überzeugung und das leichtflüssige Französisch erhöhen den Genuß des Lesens.

7. Naef: Über die sogenannte „moral insanity“ (Wiesbaden, J. F. Bergmann) unterscheidet zwei Typen des moralischen Schwachsinns, einen aktiven und einen mehr passiven. Gemeinsam sind beiden Typen eine anscheinend normale oder wenig veränderte Intelligenz, Gemütsdefekte und das Fehlen einer gröberen Psychose. Die klinische Beobachtung ergibt, daß die Defekte doch gröber sind, als man gemeinhin annimmt. Entweder bestehen erhebliche Intelligenzstörungen oder periodische und zyklische Stimmungs-

anomalien oder der Symptomenkomplex der psychischen Degeneration im Sinne Magnans. Der Verfasser kennt nur einen reinen Fall von moral insanity, den von Bleuler beschriebenen; diese Feststellung ist umso wichtiger, als Naedé sich durch seine ganz ungewöhnliche Belesenheit auszeichnet, so daß ihm kaum eine beachtenswerte Veröffentlichung entgangen sein dürfte. Sehr richtig ist seine Bemerkung, daß die ganze Streitfrage dereinst müßig sein werde, „wenn es sich nur um den Schutz der Gesellschaft dem Übeltäter gegenüber handeln wird und damit um Internierung des Rechtsbrechers auf unbestimmte Zeit, anderseits um rationelle Behandlung des Delinquenten“.

8. An die Stelle des Ausdrucks moral insanity möchte Scholz: Die moralische Anästhesie; für Ärzte und Juristen (Leipzig, H. Mayer 04) den der moralischen Anästhesie setzen, da der an moralischem Schwachsinn Leidende wohl die Gesetze der Moral kenne, sie aber nicht empfinde und daher auch nicht danach handeln könne. Die moralische Anästhesie ist aber kein Zustand, der den Voraussetzungen des § 51 St.G.B. entspricht, weil sie nicht als eine Krankheit, sondern als eine psychische Abnormität aufzufassen sei. Nur wo sich eine klinisch nachweisbare Geistesstörung findet, ist die Zurechnungsfähigkeit ausgeschlossen. Zur Behandlung der moralisch Unempfindlichen sind weder die Gefängnisse noch unsere Irrenanstalten geeignet, sehr viel besser große Asyle mit landwirtschaftlichem Betriebe.

9. Robert Sommers Kriminalpsychologie und strafrechtliche Psychopathologie auf naturwissenschaftlicher Grundlage (Leipzig, Joh. Ambr. Barth, 1904) ist ein besonders beachtenswertes Werk. Sommer hat es sich zur speziellen Aufgabe gemacht, jede Handlung auf die Gesamtpersonlichkeit zurückzuführen, und zu dem Zweck alle verfügbaren Mittel methodischer Untersuchung anzuwenden und weiter auszubauen. Zwei Drittel des Buches nimmt die spezielle Psychopathologie ein; in den wiedergegebenen Gutachten hat Sommer das Prinzip der Schilderung der Individualität durchgeführt, innerhalb derer die Straftat nur als eine Handlung, ein Symptom, eine Eigenschaft erscheint. Er weicht dadurch zwar von dem üblichen Schema ab, nach dem die Krankheit festgestellt und dann erst die Straftat mit ihr in Verbindung gebracht zu werden pflegt. Aber die Brauchbarkeit von Sommers Vorgehen ist unverkennbar überzeugend dargetan.

Bei Lombrosos Lehre vom geborenen Verbrecher unterscheidet der Verfasser zwei Fragen: ob es geborene Verbrecher gibt, und ob diese angeborene moralische Abnormität sich in signifikanten morphologischen Kennzeichen ausdrückt? Die Verneinung der letzten Frage schließt die Bejahung der ersten nicht aus. Mit Recht hebt Sommer hervor, daß gerade Baer und Kirn bei ihren Versuchen, Lombroso zu widerlegen, zahlreiche Beweise für die Richtigkeit seiner Ansicht beigebracht haben. Die Feststellung, daß es Menschen mit angeborenen verbrecherischen Neigungen gibt, zwingt noch nicht dazu, bei diesen Leuten eine psychiatrische Behandlung anzuwenden. Wohl aber müßte

der Leiter einer Detentionsanstalt psychiatrische und psychologische Kenntnisse besitzen.

Auf die weiteren Ausführungen Sommers, die unter andern Fragen die verminderte Zurechnungsfähigkeit, die Strafbarkeit der Jugendlichen, die Psychologie des Strafvollzuges behandeln, kann hier nicht eingegangen werden. Das Buch gehört in die Bibliothek jedes Kriminalisten.

10. Kraepelin, Psychiatrie: Ein Lehrbuch für Studierende und Ärzte (Leipzig, J. A. Barth, 1904) hat in der jetzt neuerschiedenen 7. Auflage ein besonderes Kapitel eingefügt, in dem er unter der gemeinsamen Bezeichnung „die psychologischen Persönlichkeiten“ die geborenen Verbrecher, die Haltlosen, die krankhaften Lügner und Schwindler und die Pseudoquerulanten schildert. Es handelt sich bei diesen Formen psychischer Entartung wohl kaum um einheitliche klinische Begriffe; aber die Zusammenfassung erleichtert die Betrachtung und gibt dann nach Feststellung der gemeinsamen Züge Anlaß zur sorgfältigen Auseinanderhaltung. Kraepelin erkennt die Existenz eines „geborenen Verbrechertums“, wenn auch nur in einzelnen Fällen, an, eine Veranlagung zu antisozialen Handlungen, Gemütsstumpfheit und Trieb zum Verbrechen, der nicht durch Erziehung und Bildung zu bekämpfen ist. Die mannigfachen degenerativen Züge lassen allerdings keine Grenze zwischen diesen Individuen und eigentlich Kranken zu. Kraepelin berichtet, daß Nisßl bei zwei wegen Mordes Hingerichteten, die im Leben nie als krank, sondern nur als sittlich verkommen erschienen waren, unzweifelhafte chronische Veränderungen an den Hirnrindenzellen fand, ein Nachweis von allerhöchster Bedeutung.

Die Haltlosen, die krankhaften Lügner, die fast stets klinisch zu den Hysterischen gehören, und die Pseudoquerulanten sind ebenfalls als Erscheinungsformen psychischer Unzulänglichkeit aufzufassen, deren genaue Kenntnis kein Richter entbehren kann.

Daß auch sonst in dem Klinischen wie im Allgemeinen Teile des Lehrbuchs viel Wichtiges für den Juristen wie für den Psychiater enthalten ist, bedarf keiner besonderen Hervorhebung.

11. Nicht sehr ergiebig ist dagegen von Krafft-Ebing's Lehrbuch der Psychiatrie (Stuttgart, Ferd. Enke 03). Der Verfasser hat in dieser neuen Auflage, der siebenten, die er selbst noch kurz vor seinem Tode fertiggestellt hat, in der Anerkennung der Katatonie eine kleine Konzeption an die Fortschritte der klinischen Psychiatrie gemacht, im übrigen aber wenig geändert. Er betrachtet als entscheidend für die moralische Idiotie: 1. die Abstammung von irrsinnigen, trunksüchtigen, epileptischen Erzeugern; 2. den Nachweis von anatomischen und funktionellen Degenerationszeichen; 3. den Nachweis von Erscheinungen krankhaften Verhaltens vasomotorischer und motorischer Funktionen. Er verwertet also die Degenerationszeichen zur Diagnose; so lange aber der Begriff und die Bedeutung der Entartungs-

zeichen so unsicher umgrenzt sind, wie zur Zeit, halte ich diese Bewertung für verfrüht.

12. Næde: Über den Wert der sogenannten Degenerationszeichen. (Monatsschrift für Kriminalpsych. und Strafrechtsref. I. S. 99.) Es besteht im allgemeinen ein klinischer Zusammenhang zwischen Zahl, Wichtigkeit und Verbreitung der Degenerationszeichen einerseits, dem Zustande des Zentralnervensystems anderseits. Sie müssen als „Signal“ angesehen werden, als eine Aufforderung zur genaueren Untersuchung des mit zahlreichen Stigmata Behafteten.

13. Von einem ganz andern Gesichtspunkt aus erörtern das Verbrecherproblem Morselli e de Sanctis: Biografia di un bandito. Giuseppe Musolino di fronte alla psichiatria ed alla sociologia. (Milano, Fratelli Treves 1903). So überraschend vielleicht zuerst die Tatsache wirkt, daß ein Buch von 424 Seiten geschrieben worden ist, um das Leben eines jungen calabresischen Banditen zu schildern und seine Zurechnungsfähigkeit zu beweisen, so angenehm überrascht der Gehalt. Die Verfasser schildern eingehend die Kriminalität Calabriens, deren Bild von Gewalttätigkeiten und rücksichtslosester Befriedigung der Rachsucht beherrscht wird. Die verbrecherischen Gesellschaften, die Piccioteria, der übrigens Musolino nicht angehörte, beschäftigt sich nicht mit Raub und Erpressung; sie steht höher als die Camorra in Neapel und gleicht mehr der Mafia in Sizilien. Sie ist das Produkt eigenartiger gesellschaftlicher, ethnischer und örtlicher Verhältnisse, ihre Tätigkeit Widerstand gegen die Geseze und die Besitzenden. Auf diesem Boden erwuchs das „Phänomen Musolino“, der kein Brigant sondern ein Bandit war; nur durch eine genaue Kenntnis der Eigenart Calabriens wird der Lebensgang des vielfachen Mörders verständlich. Trotz epileptischer Züge nehmen die Verfasser, und wohl nach der sorgfältigen Schilderung der Persönlichkeit Musolinos mit Recht, an, daß er als zurechnungsfähig zu betrachten war.

14. Eine ähnliche Richtung wie das vorerwähnte Buch verfolgt Hugo Herz: Die Kriminalität der Mafia (Mon. f. Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform I S. 385). Herz weist nach, daß die Mafia ursprünglich die notwendige Folge der Korruption und Ausraubung Siziliens ist. Ihre Verbrechen sind Mord, Totschlag, Raub, Erpressung, Drohung, während an den Hauptzentren der Mafia verhältnismäßig wenig Diebstähle begangen werden. Infolge der Verträge, die die Großgrundbesitzer mit der Mafia abschließen, eine Art Tributzahlung, wird die Mafia, eigentlich eine antikapitalistische Organisation der Enterbten, zur Schützerin und Hüterin des Großkapitals. Ich stehe nicht an, die Arbeit, trotz ihrer Kürze, für eine der besten zu erklären, die uns den Zusammenhang organisierten Verbrechertums mit den wirtschaftlichen Verhältnissen eines Landes dartun.

15. Die Unterbringung der Geisteskranken, die vor oder infolge ihrer Erkrankung mit den Strafgesetzen in Konflikt gekommen sind, bildet immer noch einen Gegenstand lebhafter Diskussion. Næde:

Die Unterbringung geisteskranker Verbrecher (Halle, C. Marhold), betont, daß die Unterbringung geisteskranker Verbrecher in Irrenanstalten keine unüberwindlichen Schwierigkeiten macht, vorausgesetzt, daß man diese Kranken in genügender „Verdünnung“ unter die andern verteilt. Häufen sich allerdings diese bedenklichen Elemente in einer Anstalt an, und gelingt es nicht, sie auf die verschiedenen Anstalten und Abteilungen zu verteilen, so bleibt nichts anderes übrig als die Errichtung eigener Anstalten. Am meisten passend erscheinen Naede die Abzweige an Strafanstalten für etwa 100—150 Personen. Gleichzeitig könnten diese zur besseren Ausbildung der Gefängnisbeamten in der Erkenntnis psychopathischer Erscheinungen benutzt werden, in Universitätsstädten auch zum Unterricht.

16. Gegen diese Abzweige in ihrer Eigenschaft als Bewahranstalten hat Referent in einem Aufsatz über den „Strafvollzug an Geisteskranken“ (Ärztl. Sachverst. Zeitg. 1903, Nr. 21) seine Bedenken geäußert. Der Strafvollzug an Geisteskranken ist weder im Interesse der Strafanstalten noch der Kranken erlaubt, widerspricht außerdem dem Geist und Inhalt unserer Gesetze. Die Verbindung mit den Strafanstalten lähmt die ärztliche Tätigkeit. Die Zurückhaltung in Gefängnissen über die Strafzeit hinaus ist ohnedies gesetzlich ausgeschlossen. Wir müssen also doch für die Versorgung der Kranken nach Strafbende besondere Maßnahmen treffen. Die Schwierigkeit wird dadurch erheblich verringert, daß die Bedenklichkeit der Kranken nicht von ihrer kriminellen Vergangenheit abhängt, sondern von der Art der Psychose.

17. Auch Heilbronner: Die Versorgung der geisteskranken Verbrecher, mit Bemerkungen über die Wirksamkeit der Gefängnisirrenabteilungen in Preußen (Mon. f. Krim. u. Strafr. I, S. 269) spricht sich gegen die Schaffung besonderer Abteilungen für geisteskrante Verbrecher aus. Die Gefängnisirrenabteilungen sollen nur der Aussonderung der Geisteskranken dienen, deren frühzeitige Erkennung besonders wichtig ist. Deshalb müssen die Gefängnisärzte gründliche Kenntnisse in der Irrenheilkunde besitzen. Bei entsprechender Verteilung können die Irrenanstalten ihrer Aufgabe zur Aufnahme und Behandlung aller Geisteskranken, einschließlich der gefährlichen Verbrecher, gerecht werden, ohne dadurch in ihrer Entwicklung und ihrer Aufgabe gehemmt zu werden.

18. Genau die gleichen Sorgen über die beste Art der Unterbringung Geisteskranker und gefährlicher Geisteskranker, dieselben Erwägungen, Vorschläge und Einwürfe wie bei uns in Deutschland, treten auch in der Erörterung der Frage in Frankreich hervor. In einem äußerst beachtenswerten Gutachten kommt Kéval: Des mesures à prendre à l'égard des aliénés criminels (Pan. Impr. Garet. 1904) zu dem Schlusse, daß besondere Anstalten völlig überflüssig seien. Wenn sich in einer Anstalt Unzuträglichkeiten zeigen, so solle man vor allem deren Ursachen, die Überfüllung und schlechte Disposition, beseitigen.

19. Ein besonderes Gewicht dürfte Flüggés Aufsatz: Einiges aus der Abteilung für irre Verbrecher in Düren (Mon. f. Kriminalpsych. und Strafr. I S. 349) beizumessen sein. Die Rheinprovinz hatte ihre geisteskranken Verbrecher und verbrecherische Geisteskranken in einem besonderen Pavillon gesammelt. Die Erfahrungen sind aber so wenig erfreulich, daß weder eine Erweiterung noch der Bau einer zweiten ähnlichen Anstalt in Zukunft mehr in Frage kommen dürfte. Die beste Lehre gibt folgende Erfahrung. Nachdem die Insassen der Abteilung alles demoliert hatten, mußten sie bis zur Fertigstellung des Umbaues auf die andern Abteilungen und zwischen die übrigen Kranken verteilt werden. Dabei traten die unangenehmen Eigenschaften erheblich zurück.

Die Schlußfolgerung aus all diesen Erfahrungen ist unabweislich: Möglichst schnelle Ausscheidung aller psychisch Kranken aus den Strafanstalten, möglichst schnelle Überführung in eine Anstalt, in der ärztliche Gesichtspunkte maßgebend für die Behandlung sind, und es nicht zur künstlichen Erzeugung von üblen Eigenschaften durch das Beispiel und die gegenseitige Verhexung, durch unzumutbare Behandlung und Mangel an Beschäftigung kommen kann, sorgsame Verteilung auf die verschiedenen Anstalten und verschiedenen Abteilungen.

20. Auf eine besondere Schwierigkeit macht Gerlach: Zur Reform des deutschen Strafgesetzbuches (Allg. Zeitschr. f. Psych. Bb. 60 S. 673) aufmerksam, die dann entsteht, wenn die behauptete Gemeingefährlichkeit eines Kranken sich auf Straftaten stützt, deren er beschuldigt worden ist, deren Täterschaft aber nicht mit Sicherheit erwiesen ist. Er belegt diese Schwierigkeit durch zwei Beobachtungen. Gegen die Forderung v. Liszts auf dem Berliner Juristentag, daß das Gericht die Überweisung der freigesprochenen Geisteskranken in eine Anstalt verfügen solle, wehrt sich Gerlach mit guten Gründen. Diese Ablehnung ist, soweit wie sie sich gegen v. Liszt richtet, dadurch gegenstandslos geworden, daß v. Liszt über seinen ersten Vorschlag hinausgehend, an die Stelle des Strafrichters den besser informierten Entmündigungsrichter setzen will.

21. Franz von Liszt: Schutz der Gesellschaft gegen gemeingefährliche Geistesranke und vermindert Zurechnungsfähige (Mon. f. Kriminalpsychol. und Strafrechtsreform I S. 8) entwickelt die Grundlagen seines in den Mitt. der J.R.V. abgedruckten Gesetzentwurfes. Gegen Personen, die infolge von ausgeschlossener oder vermindelter Zurechnungsfähigkeit als gemeingefährlich erscheinen, muß die Gesellschaft geschützt werden. Der Strafrichter soll über die vorläufige Unterbringung beschließen, die endgültige Entscheidung aber müsse dem Entmündigungsverfahren und dem Entmündigungsrichter vorbehalten werden. Bei dem vermindert Zurechnungsfähigen genügt im Falle fehlender Gemeingefährlichkeit mildere Bestrafung, andernfalls ist neben der Strafe auf Verwahrung zu erkennen.

22. Gegen die von v. Liszt ausdrücklich als Kompromiß bezeichnete Kombination von Strafe und Sicherung polemisiert Bleuler: Zur Behandlung Gemeingefährlicher (Monatsschr. f. Krim. und Strafr. I S. 92). Er verlangt unbedingten und weitgehenden Schutz der Gesellschaft vor den vermindert Zurechnungsfähigen, aber unter Verzicht auf Sühne und Strafe; sie seien durch die dauernde Einsperrung und Überwachung „bestraft“ genug. Alles, was mit der Begutachtung und Behandlung von Geisteskranken, Minderwertigen usw. zu tun hat, darf nur der Leitung hierin besonders ausgebildeter Ärzte übergeben werden.

23. Es würde zu weit führen, über alle in dem letzten Jahre erschienenen Schriften über die Gemeingefährlichen und vermindert Zurechnungsfähigen zu berichten. Nur zwei Extreme seien hier noch erwähnt. Hoegel: Die Behandlung der Minderwertigen (Mon. f. Krim. und Strafr. I S. 333) erkennt an, daß es Minderwertige gibt, aber er will ihnen keine Sonderstellung in der Gesetzgebung und ebenso wenig im Strafvollzug zuerkennen.

24. Auf der andern Seite verlangt Finger: Über die geminderte Zurechnungsfähigkeit und die strafrechtliche Behandlung der gemindert Zurechnungsfähigen (Gerichts- u. Abh. 64) daß sie der irrenärztlichen Behandlung unterstellt werden müßten, da die Strafe im Rechtsinne keine zur Reaktion gegen verbrecherische Handlungen geeignete Maßregel sei, wenn diese Handlungen durch eine auf pathologischen Momenten basierende psychische Beschaffenheit zurückgeführt werden müssen.

25. Zwischen diesen Extremen steht Rahl in seinem vorzüglichen Gutachten: Die strafrechtliche Behandlung der geistig Minderwertigen (Verhandlungen des XXVII. Deutschen Juristentags), der die vermindert Zurechnungsfähigen nach dem Jugendparagraphen (§ 57 St.G.B.) bestraft wissen will.

26. Eine ganz ähnliche Ansicht vertritt auch Hermann Hübner: Die strafrechtliche Behandlung der verminderten Zurechnungsfähigkeit (Breslau, Schletter); in seiner Arbeit findet sich eine sehr gute Zusammenstellung der Gesetze vor Einführung des jetzt geltenden Strafrechts. Irrtümlich ist die Ansicht, daß die Zahl der vermindert Zurechnungsfähigen nicht groß genug sei, um eine besondere Anstalt zu füllen. Die Erinnerung an Feuerbach, der die Schuld trug, daß das bayerische Strafgesetzbuch von 1813 die verm. zur. verwarf, ist besonders wertvoll. Feuerbach gab seine ablehnende Haltung auf, „als er in der Praxis als Präsident eines Gerichtshofes das Leben und die wahren Bedürfnisse der Rechtsanwendung kennen lernte“.

27. Wie schroff sich aber gerade auf dem Grenzgebiete die Ansichten gegenüberstehen, kennzeichnet nichts deutlicher als der Inhalt von Pelman und Finkelnburg: Die verminderte Zurechnungsfähigkeit (Bonn, 1903, Köhrscheid & Ebbecke); zwei Referate, erstattet bei der Jahresversammlung der Rheinisch-westfäl.

schen Gefängnisgesellschaft in Düsseldorf, und zwei Weltanschauungen. Pelman vertritt in prächtiger Klarheit den Standpunkt: Anerkennung der Zwischenzustände, Ablehnung der mildernden Umstände als Ersatz und Forderung der qualitativ anderen Strafe. Finkelnburg dagegen wünscht mildere Strafen in Anlehnung an den Jugendparagrafen. Vermindert Zurechnungsfähige passen sich ganz gut in den Rahmen der bestehenden Strafanstalten ein, wo sie am besten berücksichtigt werden können. Das ist zweifellos ein Irrtum. Die wenigsten Anstaltsleiter dürften, auch bei aller Mühe und dem besten Willen, ein volles Verständnis für die Grenzfälle gewinnen. Finkelnburg ist dafür ein sprechender Beweis; er führt unter den vermeintlich Minderwertigen Zustände an, die ohne jede Frage in das Gebiet der Geistesstörungen im vollen Sinne des Wortes gehören. Sowohl der Strafvollzug selbst wie die Minderwertigen leiden, wie ich aus großer eigener Erfahrung und aus den Äußerungen einsichtiger Strafanstaltsleiter weiß, in hohem Maße unter der Unmöglichkeit, der Individualität der zahlreichen Grenzfälle gerecht zu werden.

28. Der Mangel mildernder Umstände bei Mord wird durch einen Fall von Alfred Umschel: Ein Mord am eignen Kind unter mildernden Umständen (Archiv für Kriminalanthropologie Bd. X S. 70) trefflich illustriert. Ein armer Hirt hatte vergeblich versucht, für seinen taubstummen, idiotischen und verkrüppelten Sohn in einem Grazer Spital Unterkunft zu finden. Überall abschlägig beschieden, beschloß er, das Kind umzubringen und führte die Tat mit Vorsatz und Überlegung aus. Eine geistige Störung war, abgesehen von geringer Intelligenz, nicht nachweisbar. Er mußte zum Tode verurteilt werden, wurde aber (in Österreich) zu 12 Jahren Kerker begnadigt.

29. Arthur Dig: Die Jugendlichen in der Sozial- und Kriminalpolitik (Gustav Fischer, Jena) hebt in einer durch Klarheit und Kürze ausgezeichneten Darstellung das Problem der Behandlung der Jugendlichen weit über die einfache Betrachtung ihrer kriminellen Betätigung hinaus. Er bespricht die bedingte Begnadigung und Verurteilung, die Fürsorge für Entlassene mit scharfer und leider nur zu berechtigter Kritik, alles an der Hand statistischer Belege; weiter aber zieht er auch die Fürsorgeerziehung, das Lehrlingswesen, die Fortbildungsschule und die Arbeiterschutzgesetzgebung in den Kreis seiner Erörterung. Eine warme Begeisterung, gutes fachliches Verständnis und ein weiter Blick sind besondere Vorzüge der Arbeit.

30. Ferriani: I drammi dei fanciulli. Studi di psicologia sociale e criminale (Como. Omarini) behandelt zwar im wesentlichen italienische Verhältnisse, doch haben seine Ausführungen ein erhebliches allgemeines Interesse. Ferriani schildert den schwunghaften Handel, der mit Kindern getrieben wird, die zum Preise von 30, 25 ja 15 Lire, im Duzend billiger, von Händlern in die ganze Welt verkauft werden. Die äußere Form des meist schriftlichen Kon-

traftes ist Übergabe zum Erlernen eines Handwerks. Meist aber lernen die unglücklichen Opfer nur Betteln, Stehlen, Prostitution; bestenfalls werden sie als Arbeitstiere ausgenutzt. Aus den Antworten der verlaufenden Eltern, der Kinder und Käufer leuchtet eine solche Summe von Brutalität einerseits, ein solches Elend andererseits hervor, daß Ferrianis Bedruf an die Gebildeten und Besitzenden nicht vergeblich verhallen dürfte. Gebietet doch schon die eigne Sicherheit, der Züchtung dieses Verbrecherheeres Einhalt zu tun. Wer aber den Anteil der Not an diesem modernen Sklavenhandel und damit an der Entstehung des Verbrechertums in Abrede stellt, der kann das nur, wenn er an solchen Dokumenten vorübergeht, wie an Ferrianis wertvollem Buche.

31. Luczel: Über das pathologische Element in der Kriminalität der Jugendlichen (Zeitschrift f. klinische Medizin Bd. 53). Das Verbrechen bleibt ein soziales Phänomen, aber nur der individuell dazu Veranlagte wird zum Verbrecher. Unter den sozial Gefährlichen befinden sich sehr viele Menschen mit psychischen Defekten und psychopathischer Veranlagung. Das läßt sich schon bei den Jugendlichen nachweisen, bei denen also noch nicht das Leben und der Alkohol die geistige Gesundheit zerrüttet hat. Wir begegnen unter den jugendlichen Verbrechern sehr häufig Minderwertigen, besonders Schwachsinrigen.

Die Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen beweist die Wirkungslosigkeit unseres heutigen Strafsystems. Luczel befürwortet deshalb vor allem die Prophylaxe, die Fürsorgeerziehung, die bedingte Verurteilung und das Hinaufrücken des Alters der Strafmündigkeit.

32. Eine Arbeit, deren Bedeutung in der Eigenart des Beobachtungsmaterials liegt, ist die Baers: Über jugendliche Mörder und Totschläger (Arch. f. Kriminalanthrop. Bd. 11 S. 101). Er hat 22 wegen Mordes, Totschlags oder Mordversuchs verurteilte Jugendliche lange Zeit zu beobachten Gelegenheit gehabt und schildert eingehend deren Tat, den psychischen, z. B. auch den körperlichen Zustand. Wenn er daraus Anlaß nimmt, Lombrosos Lehre vom geborenen Verbrecher abzulehnen, so kann man ihm darin nur dann recht geben, wenn man sich ausschließlich auf die körperlichen Entartungszeichen beschränkt, die übrigens fast stets sehr ausgeprägt waren, und die psychischen ignoriert. Unter den 22 Mördern waren 3 geisteschwach, 4 epileptisch, 3 psychisch defekt, 12 geistesgesund; aber auch sonst Depressionszustände (5 versuchten Selbstmord) und abnorme Erscheinungen waren nicht selten. 4 starben in den letzten drei Jahren an Tuberkulose, einer mußte bald nach Strafende in eine Irrenanstalt überführt werden, doch ging die Krankheit schon in die Strafzeit zurück, ein anderer verblödete noch während der Strafverbüßung. Bei nicht wenigen stellt Baer bezüglich ihrer sozialen Genesung eine trübe Prognose und verlangt deshalb mit Recht die Einsperrung auf unbestimmte Zeit. Nur bei 3 glaubt er an eine Besserung. Eine

psychiatrische Begutachtung hat vor der Verurteilung in keinem Falle stattgefunden.

33. Die kleine Schrift Mönkemöllers: Geistesstörung und Verbrechen im Kindesalter (Berlin, Reuther & Reichard, 03) bietet viel Anregendes und manches, das sich ohne Schwierigkeit und mit gutem Erfolge leicht praktisch durchführen läßt. Die Geisteskrankheiten der Kinder können alle zu Verbrechen führen; besonders häufig sind Diebstähle und sexuelle Vergehen, die sich wiederum am häufigsten bei Imbecillen und Epileptikern finden. Die praktischen Schwierigkeiten sind groß, solange man nicht alle kranken und an der Grenze des Krankseins befindlichen Kinder in besonderen Abteilungen versorgt unter dauernder Beaufsichtigung durch Ärzte. Sehr guten Erfolg verspricht landwirtschaftliche Beschäftigung. Wenn aus der Jugendzeit bestimmte Feststellungen über abnorme Veranlagung vorliegen, so müßte die Justizverwaltung und vor allem die Militärbehörde davon Kenntnis bekommen.

34. Den letzten Gesichtspunkt betont besonders Ernst Schulze: Über Psychosen bei Militärgefangenen nebst Reformvorschlägen (Jena, Gustav Fischer, 04). Er stellt fest, daß die Zahl der geistig Erkrankten unter den Soldaten zugenommen hat, mehr, als die Fehlerquelle, daß Psychosen jetzt besser erkannt werden, erklärt. Vielleicht wird diese Erhöhung der Erkrankungsnummer durch die stärkere dienstliche Inanspruchnahme infolge der zweijährigen Dienstzeit erklärt, vielleicht auch dadurch, daß allzuhäufig minderwertiges Material eingestellt wird. Es dürfte niemand als Soldat genommen werden, der schon einmal in einer Irrenanstalt gewesen ist. Bei allen schwach sinnigen Kindern, besonders den Zöglingen der Hilfsschulen, ferner bei allen, die in der Schule zurückgeblieben sind, wäre ein offizieller Eintrag in die Stammtafel ein wertvoller Anhaltspunkt für die Aushebungscommission. Ferner müßten alle Personen, die Gegenstand der Fürsorgeerziehung gewesen sind oder vielfach vorbestraft sind, einer sorgfältigen Untersuchung unterzogen werden. Schulze verlangt weiter, daß alle Undisciplinierten und alle zur Überweisung an die Arbeiterabteilungen Verurteilten psychiatrisch begutachtet werden. In allen größeren Garnisonlazaretten müßte einer der Ärzte psychiatrisch gründlich ausgebildet sein.

35. Auch Stier: Über Verhütung und Behandlung von Geisteskranken in der Armee (Hamburg, Gebr. Lübecking) gibt über die Bedürfnisse des Heeres sehr wichtige Winke. Er fordert, wie Schulze, eine Nervenabteilung in dem größten Lazarett jedes Armeekorps, unter Leitung eines psychiatrisch geschulten Sanitätsoffiziers. In die Fortbildungskurse für Sanitätsoffiziere ist ein Kursus über Psychiatrie einzufügen.

36. Georg Ilberg: Über Geistesstörungen in der Armee zur Friedenszeit (Halle, Carl Marhold) wendet sich an das große Publikum, vor allem an die beteiligten Kreise. Er weist in einer Schreibart, die sich dem Verständnis der Laien mit Geschick

anpaßt, auf die Schwierigkeiten der Beurteilung hin und zeigt, wann es ratsam ist, einen Fachmann zuzuziehen. Die Tatsache, daß Schwachsinnige infolge ihrer Unfähigkeit nicht nur selbst leiden, sondern auch ihre Kameraden benachteiligen und durch ihren passiven Widerstand ihre Vorgesetzten reizen (Mißhandlungen), zeigt am besten, wie wichtig für das Heer die Mitwirkung der Sachverständigen ist. Fahnenflucht ist sehr häufig auf pathologische Zustände zurückzuführen. Vielleicht hätte noch stärker hervorgehoben werden können, daß nach dem Mil.St.G.B. Trunkenheit nur bei Insubordination und Vergehen im Dienst kein Milderungsgrund ist, wohl aber sinnlose Betrunketheit ein Strafausschließungsgrund.

37. In immer weitere Kreise bringt die Einsicht, daß gewisse Vorkenntnisse in der Psychiatrie unerläßlich für alle diejenigen sind, die berufsmäßig mit Geisteskranken und den schwierigen Grenzfällen in Berührung kommen. Deshalb dürfte Kraepelins Wunsch, den er in „Der Unterricht in der forensischen Psychiatrie (Mon. f. Kriminalpsych. und Strafrechtsref. I S. 141) entwickelt, bald auf Erfüllung hoffen können. Er redet gemeinsamen Fortbildungskursen für ärztliche und richterliche Beamte das Wort. Durch einen derartigen Unterricht, wie er an einzelnen Universitäten schon jetzt, in Baden mit staatlicher Unterstützung, stattfindet, sowie durch forensisch-psychiatrische Vereinigungen nach dem Dresdener Muster wird das Zusammenarbeiten von Arzt und Richter planmäßig vorbereitet.

38. Den gleichen Gedanken vertritt auch von Jagemann: Bedeutung der Gefängnislehrturse für die Strafrechtspflege (Mon. f. Krim. und Strafr. I S. 374), nur daß er ihn noch erweitert und die Gefängnislehrturse, die er in Baden zuerst einrichtete, als eine Schule für die psychische Erfassung des Verbrechertums, als die Voraussetzung eines individualisierenden Strafvollzugs, ja als die notwendige Vorbedingung aller einschneidenden Reformen der Strafrechtspflege bezeichnet. In Universitäten sind Gefängnis-seminare zu errichten, diese besonders für zukünftige Gefängnisvorsteher.

39. Eine andere Art der Einführung Rechtsbefähigter in das Studium der Verbrecher hat Ottolenghi versucht. Er machte, wie Romolo Ribolla: *Voci dell'ergastolo* (Roma, Ermanno Löschner) schildert, mit Studenten der Medizin und Jurisprudenz einen Ausflug nach Elba, wo die beiden Zuchthäuser Portolongone und Portoferraio besucht und viele Verbrecher eingehend befragt wurden. Ein solcher längerer Ausflug gibt jedenfalls bessere Anregung zum Studium der Verbrecher und des Strafvollzugs als ein kurzer Rundgang durch eine Anstalt, wie er — nicht einmal überall — im Anschluß an kriminalistische Seminarübungen bei uns gemacht wird.

40. M. Fuhrmann: Das psychotische Element. Studien eines Psychiaters über Theorie, System und Ziel der Psychiatrie (Leipzig, Joh. Ambr. Barth). Ein trotz aller Unreife nicht uninteressantes kleines Buch, dessen Ziel dahin geht, der Veranlagung (Endogenese) die Entwicklung aller Psychosen zuzuschreiben.

41. Th. Tiling: Individuelle Geistesartung und Geistesstörung (Wiesbaden, J. F. Bergmann). Nur die Individualpsychologie kann zum Verständnis der psychopathischen Symptome führen. Die Gefühlsphäre spielt die dominierende Rolle, und nur bei richtiger Mischung von Gefühls- und Gedankenwelt ergibt sich normale Geistesbeschaffenheit und Tüchtigkeit, im andern Falle Abschwächung und Perverstität. Die Ansicht Tilings, daß der Übergang krankhafter Verstimmung in Wahn oft als unglücklicher Zufall erscheint, der nicht auf anatomische Verhältnisse zurückzuführen sei, ist wohl nicht ganz zutreffend. Der Verfasser widerspricht damit auch seiner eignen Theorie von dem vorwiegenden Einfluß der individuellen Veranlagung.

42. Von Lehrbüchern hat Gottschalks Grundriß der gerichtlichen Medizin einschließlich Unfallfürsorge (Leipzig, Georg Thieme) eine zweite Auflage erlebt. Das handliche Buch enthält alles für den Gerichtsarzt Wissenswerte in gedrängter Kürze, mit Ausnahme der gerichtlichen Psychiatrie. Das ist unverkennbar ein nicht zu billigenbes Beiseitelassen. Einer Besprechung bedarf es deshalb an dieser Stelle umfoweniger, als auch andere psychiatrisch schwierige Fragen, wie z. B. Verfall in geistiges Siechtum nur flüchtig gestreift sind.

43. Die gerichtliche Psychiatrie muß gegenüber den groben Verletzungen des Zentralnervensystems bei einem Unternehmen wie dem von Adolf Lesser herausgegebenen Stereoskopisch-gerichtsarztlichen Atlas (Breslau, Schlesische Verlagsbuchhandlung) zurückstehen. Die bisher erschienenen 50 Tafeln umfassen ausschließlich Verletzungen und Blutungen des Schädels, Hirns und Rückenmarks. Eine sorgfältige Auswahl und vorzügliche Ausführung machen die Tafeln, die von kurzgefaßten Erläuterungen begleitet sind, zu einem wertvollen Unterrichtsmittel, das besonders da sehr zweckmäßig sein wird, wo es oft an brauchbarem Demonstrationsmaterial fehlt. Über die Vollständigkeit und etwa zu wünschende Ergänzungen kann erst dann ein Urteil abgegeben werden, wenn das Werk beendet vorliegt.

44. Cramers: Gerichtliche Psychiatrie, ein Leitfaben für Mediziner und Juristen (Jena, Gustav Fischer) hat die Feuerprobe der praktischen Brauchbarkeit glänzen bestanden. Seit der letztbesprochenen 2. Auflage (Z XX 751) hat Cramer das ganze Buch nochmals gründlich durchgearbeitet und ergänzt. Es bedarf wohl keiner besonderen Empfehlung mehr, wie sehr gerade ein kurzes, klar geschriebenes Lehrbuch, in dem jede wichtige Frage wenigstens soweit erörtert ist, als die Praxis des täglichen Lebens erfordert, Bedürfnis war, und wie gut Cramer diesem Bedürfnis entsprochen hat.

45. Im Auftrage des Zentralkomitees für das ärztliche Fortbildungswesen Berlin sind 12 Vorträge über Gerichtliche Medizin (herausgegeben von Kutner, Jena, Gust. Fischer) gehalten worden. Hier interessieren vorwiegend die psychiatrischen. Mendel hat die „Zurechnungsfähigkeit“ behandelt. Er vertritt dabei die Anschauung, daß Zustände vermindelter Zurechnungsfähigkeit bestehen, und daß ihre

Anerkennung in dem neuen Strafgesetzbuch unter der Voraussetzung einer Strafänderung wünschenswert sei. Anderseits verneint er, wie manche andere Berliner Psychiater, die Notwendigkeit, den Relativsatz des § 51 zu beantworten. Ich kann nicht verstehen, worin der Unterschied liegt, ob ich, wie Mendel vorschlägt, sage, es habe sich jemand im Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit im Sinne des § 51 befunden, oder den Wortlaut des § 51 anwende; zumal wenn man eine verminderte Zurechnungsfähigkeit annimmt und es für angebracht hält, dies, wie Mendel in Beispielen zeigt, im Schlußsatz zu betonen. Ferner halte ich es weder für zweckmäßig noch für notwendig, den Zusammenhang zwischen der Tat und der Krankheit zu erörtern. Sehr beachtenswert scheint mir Mendels Vorschlag, dem § 51 die Fassung zu geben: Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Täter zur Zeit der Begehung der Handlung bewußtlos oder geisteskrank war.

Mölis vorzügliche Darstellung der Geisteskrankheiten in zivilrechtlicher Hinsicht betont besonders die Anwendbarkeit der Pflegschaft auf Geistesranke, eine Auffassung, der die höchstgerichtlichen Entscheidungen sich neuerdings angeschlossen haben.

Jolly bespricht den perversen Sexualtrieb und die Sittlichkeitsverbrechen in der ihm eignen ruhigen Sachlichkeit. Er steht auf dem Standpunkt, daß der § 175 besser abgeschafft werde. Einzelne Fälle von Homosexualität fallen unter den § 51, durchaus aber nicht alle.

Röppen ist in seinem Vortrage über Epilepsie und Hysterie in forensischer Beziehung gegenüber der Annahme der Epilepsie vielleicht zu vorsichtig. Seine Schilderung umfaßt besonders die Dämmerzustände. Bei dem Fall Holzapfel, den Röppen erwähnt und bei dem 1874 die damalige Kenntnis von der Epilepsie kein bestimmtes Urteil erlaubte, hält Röppen Epilepsie für wahrscheinlich. Ich habe zufällig aus den Strafakten ersehen können, daß die Epilepsie sich später unverkennbar deutlich gezeigt hat.

46. Röppen hat eine große Sammlung von gerichtlichen Gutachten aus der psychiatrischen Klinik der Kgl. Charité zu Berlin (Berlin, S. Karger, 1904) herausgegeben. Unter 317 Männern und 64 Frauen, die im Laufe von 11 Jahren in der Charité auf ihren Geisteszustand gerichtlich begutachtet wurden, waren 42 Männer und 3 Frauen nicht geisteskrank. 20mal schlossen sich die Urteile der Gerichtshöfe dem ärztlichen Gutachten nicht an.

46 der Gutachten werden ausführlich wiedergegeben, davon betreffen 11 Schwachsin, 5 Epilepsie, 8 Paranoia, 3 Lues cerebri, 3 Dégénérés, 8 sexuelle Perverse, 4 pathologische Lügner, 1 chronischer Alkoholismus, 1 Wochenbettpsychose, 2 unbestimmte Diagnosen. Da wenig allgemeine Gesichtspunkte aus den einzelnen Fällen abgeleitet werden, dürfte der Nutzen der Sammlung für den Gerichtsarzt wohl größer sein, als für den Richter.

47. Mehr auf allgemeine Fragen und diagnostische Gesichtspunkte ist Pfister: Strafrechtlich-psychiatrische Gutachten als

Beiträge zur gerichtlichen Psychiatrie für Juristen und Ärzte (Ferd. Enke, Stuttgart) eingegangen. Unter seinen 24 Gutachten sind 9 solche über Epilepsie, die Pfister besonders sorgsam behandelt. Bei 3 Paranoikern war ein Zusammenhang zwischen der Straftat und der Bahnbildung nicht nachweisbar. Mit Recht aber hat Pfister die Kranken gleichwohl erfulpiert.

48. Eine wichtige Arbeit, durch die die Schwierigkeiten der Diagnostik wie ihre Bedeutung für die allgemeine Auffassung von Zeitströmungen gleich gut illustriert werden, ist die Walter Channings: *The mental status of Czolgoz, the assassin of President Mc Kinley* (Americ. Journ. of insanity, LIX No. 2). Die Gutachten hatten bei Czolgoz, dem Mörder Mc Kinleys, geistige Gesundheit angenommen. Channing erhebt nun den Vorwurf, daß die Untersuchung nicht sorgfältig genug geführt worden sei und zu sehr unter dem Druck der öffentlichen Meinung gestanden habe. Czolgoz war stets ein fleißiger Mensch gewesen, der bis zum Jahre 1901, also bis kurz vor dem Morde, einer philanthropischen Gesellschaft angehört hatte, zu deren Prinzipien der Glaube an Gott und Christentum gehörte. Anarchist war er nach der Ansicht des besten Kenners, eines Polizeibeamten, nicht; die Anarchisten wurden sogar, als er kurz vor dem Attentat sich ihnen zu nähern versuchte, vor ihm gewarnt, da man aus seinen Reden merkte, daß er nichts davon verstand, und deshalb einen Spion vermutete. Einige Jahre vor dem Attentat wurde er stiller und menschenfeind, klagte dauernd über allerhand körperliche Erkrankungen, er aß nicht mehr in Gegenwart von Fremden, sodaß man entweder an Vergiftungsideen oder an einen Tif denken muß. Ob Channing mit der gestellten Diagnose „*Dementia praecox*“ recht hat, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls geht aus seinem Bericht hervor, daß die geistige Gesundheit des Präsidentenmörders sehr fraglich war, und daß die Tat außer Zusammenhang mit dem Anarchismus steht.

49. Ganz ähnliche Winke geben uns noch manche andere Arbeiten. Puppe: *Majestätsbeleidigung und Geistesstörung* (Ärztl. Sachverständ. Zeitg. IX S. 453) hat 11 Fälle von Majestätsbeleidigung gerichtsärztlich untersucht; davon betrafen 3 Imbezille, 4 Epileptiker, 3 Alkoholiker und 1 senile Neurasthenie; zweifellos geisteskrank waren 3 Imbezille, 3 Epileptiker und 1 Alkoholist. Puppe mahnt deshalb, wenn in plumper und den Stempel der Motivlosigkeit tragender Weise eine Majestätsbeleidigung begangen wird, den Täter unbedingt einer gerichtsärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

50. Bursl: 20 Fälle von Exhibition aus der gerichtsärztlichen Praxis (Friedreichs Blätter für gerichtl. Medizin, Bd. 54 S. 215) fand drei nicht geisteskrank, bei einem war die Schuld nicht näher erwiesen, die übrigen waren mehr oder weniger psychisch abnorm. Bei 7 Epileptikern sprach sich Bursl stets für Annahme des § 51 aus; einmal ohne daß er das Gericht zu überzeugen vermochte.

51. Wicel, Sittlichkeitsverbrechen und Geistesstörung (Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin, 3. J. XXV, 2) veröffentlicht 4 Fälle von Sittlichkeitsverbrechen, von denen zwei durch Epileptiker, zwei durch senil Demente begangen wurden.

52. Natürlich ist die Exhibition noch nicht an sich ausreichend zur Exculpierung. So weist Pfister: Zur Kenntnis des Exhibitionismus (Vierteljahrsschrift für ger. Medizin N. J. XXVI, 2) bei einem mäßig Schwach sinnigen nach, daß er durch Zufall zum Exhibitionismus gekommen war, ohne daß man berechtigt sei, ihm den Schutz des § 51 zuzuerkennen.

53. Ernst Rüdin: Eine Form akuten halluzinatorischen Verfolgungswahns in der Haft ohne spätere Weiterbildung des Wahns und ohne Korrektur (Allg. Zeitschrift für Psych., Bd. 60 S. 852) beschreibt 3 Fälle, in denen sich während der Strafhast ein halluzinatorischer Verfolgungswahn herausbildete, der in einem Falle nach einigen Monaten, in den beiden andern nach einem Jahre in Heilung überging, aber nicht korrigiert wurde. Die Wahnbildung hörte auf, aber die wahnhaftes Idee wurde affektlos festgehalten. Rüdin empfiehlt zur Vorbeugung einer Fixierung der Wahnideen dringend, die Kranken sofort aus der Einzelhaft zu nehmen, sie durch geeignete Beschäftigung abzulenken und in andere, günstigere Verhältnisse zu versetzen.

54. Volte: Über einige Fälle von Simulation (Allg. Zeitschr. für Psychiatrie, Bd. 60 S. 47) berichtet über 6 Fälle von Simulation. Zwei der Untersuchten gestanden die Simulation zu.

55. Paul Garnier: L'amnésie au point de vue médico-légale. Affaire Dussollier (Annal. d'hygiène publique, III S. XLVII, 192). Ein 21jähriger Buchhalter erschloß im Eisenbahnzuge ein junges Mädchen, mit dem er 2 Jahre lang ein platonisches Liebesverhältnis unterhalten hatte. Zuerst leugnete er alles, behauptete die Ermordete nicht zu kennen, legte aber dann, in die Enge getrieben, ein bis in alle Einzelheiten hinein zutreffendes Geständnis ab. Kurze Zeit später aber behauptete er, sich an nichts mehr erinnern zu können. Die Begutachtung dieser Amnesie stieß auf die besondere Schwierigkeit, daß einzelne Symptome für das Bestehen einer allerdings nicht sicher zu stellenden Amnesie sprachen. Die Gutachter (Fornier, Bronardel und Magnan) kamen zu dem Schluß, daß der Mord nicht in einem krankhaften Zustand geschehen, die Amnesie nicht glaubhaft sei. Die Richtigkeit dieser auch durch alle Nebenumstände unterstützten Auffassung bewies der weitere Verlauf. Am Tage vor der Verhandlung (6 Monate nach dem Morde) kehrte die Erinnerung plötzlich wieder. Das Urteil lautete auf lebenslängliche Zwangsarbeit.

56. Henneberg: Zur forensisch-psychiatrischen Beurteilung spiritistischer Medien (Arch. für Psych., 37. Heft 3). Ein genauer Bericht über das Blumenmedium Rothe, von dem er annimmt, daß sie neben und nach echten Trancezuständen solche auch

simuliert hat. Da die Nothe aber hysterisch war, mußte mit Bestimmtheit eine Verminderung der Zurechnungsfähigkeit angenommen werden.

57. Das merkwürdige Symptom des Vorbeiredens, das auf den ersten Blick wie eine sehr törichte Simulation aussieht, und das nach seinem ersten Beschreiber als Gansersches Symptom bezeichnet zu werden pflegt, ist mehrfach beschrieben worden. Lücke: Über das Gansersche Symptom mit Berücksichtigung seiner forensischen Bedeutung (Archiv für Psych., Bd. 60 S. 1) hat 4 Fälle von Hysterie gesehen, bei denen es zu Dämmerzuständen mit typischem Vorbeireden kam.

58. Julius Hey: Das Gansersche Symptom, seine klinische und forense Bedeutung (Berlin, Hirschwald, 1904) bringt 10 neue und sehr sorgfältig beobachtete Fälle bei, deren Diagnose dreimal auf Dementia praecox, einmal auf Alkoholepilepsie und sechsmal auf Hysterie lautete. Er fand neben dem unsinnigen Vorbeireden oft eine deutliche Herabsetzung der Merkfähigkeit. Von den bisher beschriebenen 39 Fällen hatten 24 forense Bedeutung. Hey unterscheidet das Gansersche Symptom (das Vorbeireden) von dem Ganserschen Symptomenkomplex, der sich aus Bewußtseinsstörung, Amnesie, Halluzinationen, Vorbeireden, körperlichen Symptomen und relativ raschem Ablauf zusammensetzt und auf hysterischer Basis entsteht.

59. Cesare Biondi: Delle denunce e testimonianze delle isteriche (Rivist. sperim. di freniatria, XXIX, 14) spricht sich dagegen aus, alle Hysterischen für lügnerisch, ihre Aussagen von vornherein als völlig unglaublich zu bezeichnen. An der Hand zweier ungewöhnlicher Fälle weist er nach, daß nur die Kenntnis der Persönlichkeit ein Urteil über die Glaubwürdigkeit gestatte.

60. Hoche: Zur Frage der Zeugnisfähigkeit abnormer Personen (Marhold, Halle a. S.). Ein Mann war wegen Vergehens gegen § 176² auf Grund der Aussage eines epileptischen Schwachsinningen verurteilt worden. Die Wiederaufnahme wurde abgelehnt. In dem nunmehr folgenden Alimientationsprozeß hatte Hoche den Zeugen zu begutachten. Das Ergebnis gibt ihm Anlaß, die seinerzeit von mir vorgeschlagene Formulierung des § 56 St.P.D. zu der seinen zu machen: Unbeeidigt sind zu vernehmen: Personen, deren Aussagen oder Wahrnehmungen durch Geisteskrankheit oder Geisteschwäche beeinflusst sind.

In einem Zusatz zu diesem Aufsatz beanstandet Finger die Beweisaufnahme des Gerichtes, hat aber, trotz Hoches Ausführungen, kein Bedenken gegen die Vereidigung des Zeugen. Mir erscheint es widersinnig, Schwachsinrige zu vereidigen. Ihre Glaubwürdigkeit wird dadurch nicht erhöht. Entweder begreifen sie den Eid nicht, dann war er zwecklos, oder die Vereidigung macht sie nur aufgeregt, keinesfalls aber geeigneter, die Wahrheit, die sie nicht wissen, auszusagen.

61. Einen ergötzlichen Beitrag zur Psychologie der Zeugenaussage schildert Hans Groß: Korrigierte Vorstellungen (Archiv für Kriminalanthropologie, Bd. X S. 109). In einer größeren Stadt wurde dem Gemeinderat gemeldet, daß von einem überlebensgroßen Denkmale eines sitzenden und einen Griffel haltenden Gelehrten das Buch, in das er schreibt, abgeschlagen worden sei. Die allgemeine Entrüstung beruhigte sich erst dann, als durch Untersuchung des Denkmals, der Zeichnungen und des Modells festgestellt wurde, daß nie ein Buch vorhanden gewesen war.

Groß erklärt diesen allgemeinen Irrtum dadurch, daß tatsächlich die schreibende Hand eine Ergänzung durch das Buch erforderlich mache, und daß dieses Bedürfnis die Erinnerung gefälscht habe.

62. Ernsthafte Bedenken ruft diese Unzuverlässigkeit der Zeugenaussagen bei dem von von Mackowicz berichteten „Raubmordprozeß gegen Georg Will“ (Arch. für Kriminalanthrop., Bd. XI S. 171) wach. Ein Mann, der eines 10 Jahre zurückliegenden Raubmordes verdächtig war, wurde von etwa 70 Zeugen mit Bestimmtheit erkannt, nur einer war dagegen. Einige Schußnarben vermehrten den Verdacht. Da gestand der Angeklagte seine Personalien, die er — wegen Einbruchsdiebstahls bestraft — seiner Familie wegen nicht genannt hatte, und konnte so nachweisen, daß er der Gesuchte und von den Zeugen mit solcher Sicherheit identifizierte nicht war. Auch nach dieser Feststellung blieben die Zeugen bei ihrer Behauptung. Was wäre wohl geschehen, wenn der Angeklagte seine Herkunft und Person nicht hätte beweisen können?

63. Mit vollem Recht betont Lefèvre: Les phénomènes de suggestion et d'auto-suggestion (Bruxelles, Henri Lamartin) die Wichtigkeit der Autosuggestion und die Suggestibilität von Zeugen. Dieser Gefahr gegenüber kann die Möglichkeit, durch hypnotische Suggestion ein Verbrechen zu veranlassen, ernsthaft gar nicht in Betracht kommen. Die suggestiven Ideen gewinnen dazu viel zu langsam an Boden — und nur da, wo der Boden wohl vorbereitet für kriminelle Ideen ist.

64. Auf diese Grundlage bei der Verwirklichung krimineller Suggestionen macht auch Forel: Der Hypnotismus und die suggestive Psychotherapie (Stuttgart, Ferd. Enke) besonders aufmerksam, obgleich er kriminelle Suggestionen auch bei nicht zum Verbrechen Prädisponierten nicht für ausgeschlossen hält. Ich glaube nach wie vor, daß bisher ein einwandfreier Fall noch nicht bekannt geworden ist, und deshalb kein Anlaß zur Beunruhigung vorliegt.

65. Weinbaum: Zur Frage der gerichtlichen Beurteilung von Geistesstörungen und Hypnose (Die Heilkunde, 1903 Heft 4) beleuchtet eine andere und viel wichtigere Gefahr der Hypnose. Der „Suggestor“ Weltmann hatte in öffentlicher Schaustellung mit einem 16 jährigen Gymnasiasten allerhand hypnotische Experimente gemacht, ohne die steigende Erregung des jungen Menschen zu berücksichtigen. Dieser verfiel unmittelbar danach in eine

schwere, nach Jahresfrist noch ungeheilte Psychose. Das Gericht nahm an, daß die Geisteskrankheit durch die hypnotische Prozedur ausgelöst, aber nicht hervorgerufen worden sei, und kam zu einem freisprechenden Urteil, da das Vorgehen des Suggestors weder eine Fahrlässigkeit erkennen lasse, noch er die nervöse Erregbarkeit des Hypnotisierten hätte wahrnehmen müssen. Da er ferner die Erlaubnis des Regierungspräsidenten zu solchen Schaustellungen erhalten hatte, „durfte er davon ausgehen, daß die Vornahme solcher Vorstellungen an sich nicht strafbar sei“.

Gegen diese Auffassung macht Weinbaum unter Zusammenstellung der bekannt gewordenen Fälle von Gesundheitschädigung durch die Hypnose die ernstesten Bedenken geltend. Interessant ist, daß am 2. V. 1881 eine Verfügung an die Regierungspräsidenten ergangen ist, nach der den Magnetisuren die Veranstaltung öffentlicher Vorstellungen fernerhin nicht zu gestatten sei. Diese zweifellos sehr segensreiche Verordnung ist offenbar völlig in Vergessenheit geraten.

66. Fritz Ryloff: Das Verbrechen der Zauberei (*crimen magiae*). Ein Beitrag zur Geschichte der Strafrechtspflege in Steiermark (Graz, Leuschner & Lubensky), hat aus den Akten festgestellt, daß in Steiermark von 1546—1746 196 Hexenprozesse stattgefunden haben. Er schließt aus der Zahl der bekannt gewordenen Urteile, daß etwa 84 pCt. aller Hexenprozesse, deren summarisches Strafverfahren er als eine Art Standrecht charakterisiert, mit dem Todesurteil endeten. Ryloff glaubt, daß die Versuche, die Vorstellung des Bessenseins auf Intoxikation mit Stechapfel zurückzuführen, ebensomenig berechtigt seien, wie die Annahme, daß alle Bessenen Geistesranke waren. Allerdings seien unter den die Beziehungen zum Teufel Bezeugenden wohl zahllose Schwachköpfe, Kranke, Greise und Kinder, aber es wäre doch nicht anzunehmen, daß so viele gleichartige Wahnideen gebildet hätten. Die Kirche habe die Lehre von der Teufelsbuhlschaft wissenschaftlich begründet und sei mit ihrer Verwertung bei Hexenprozessen vorangegangen. Nur dadurch habe diese Vorstellung allgemein werden können. Tatsächlich aber war der Vorgang doch wohl so, daß die Idee eines Teufelsbündnisses allgemein geglaubt wurde. Es bedurfte nur noch der Folterung oder der Furcht vor ihr, um Geständnisse zu erpressen. Ryloff hält übrigens die üblichen Vorstellungen von der Häufigkeit der Hexenprozesse für übertrieben.

67. Matti Helenius: Die Alkoholfrage. Eine sozialstatistische Untersuchung. (Fischer, Jena.) Das Buch des finländischen Nationalökonomens dürfte wohl als das zur Zeit beste Buch über die soziale Bedeutung des Alkohols zu bezeichnen sein. Eine enorme Literatur ist einwandfrei verwertet; zu besonderem Lobe gereicht dem Verfasser, der selbst überzeugter Abstinenzler ist, daß er die mitgeteilten und kritisch gesichteten Zahlen selbst reden läßt. Sehr anschaulich ist der Zusammenhang zwischen Verbrechen und Alkoholismus dargestellt.

68. Otto Lang: Alkoholgenuß und Verbrechen (Basel, Friedr. Reinhardt). Ein Wiederabdruck des statistischen Belags für die Bedeutung der Trinkauschreitungen, infolge deren sich die Gewalttätigkeiten an Sonntagen, den Lohntagen und Montags besonders häufen, sowie noch anderer Zahlen zum Beweise, welche Rolle der Alkohol bei der Entstehung von Verbrechen spielt.

69. Cramer: Über die forensische Bedeutung des normalen und pathologischen Rausches (Monatsschrift f. Psych. und Neurol., 1903 S. 36) bezeichnet nur den Rausch als pathologisch, bei dem eine Beeinflussung durch krankhafte Momente erwiesen ist. Intoleranz ist an und für sich noch nicht mit pathologischem Rausche identisch. Zur Diagnose reicht der Nachweis einer Bewußtseinsstörung allein nicht aus, es muß vielmehr nachgewiesen werden, daß sie durch krankhafte Momente, die nicht allein in der Alkoholvergiftung liegen, herbeigeführt worden ist. Die Erinnerung für die Vorgänge (häufig Gewaltakte) kann fehlen, kann aber auch teilweise erhalten sein. Der Abschluß des pathologischen Rausches erfolgt oft durch jähen Zusammenbruch mit anschließendem Schlaf.

70. Flügge: Das Recht des Arztes zum Gebrauch für den Arzt nach den reichsrechtlichen und den preussischen landesrechtlichen Bestimmungen (Wien, Urban & Schwarzenberg) stellt sowohl die Rechte wie die Pflichten des Arztes in überaus dankenswerter Weise zusammen, wobei der Verfasser auch zu der Frage Stellung nimmt, was den Arzt zur Vornahme chirurgischer Eingriffe berechtigt. Für Flügge liegt der Rechtsgrund in der Einwilligung des Kranken; in Fällen, in denen die Einwilligung aus äußeren Gründen (z. B. in der Narkose) nicht eingeholt werden kann, berechtigt allein die gewissenhafte Überzeugung zu dem Eingriff, daß der Kranke seine Einwilligung geben würde, wenn er dazu imstande wäre.

71. Auch Lucien Picqué: à propos de l'intervention chirurgicale chez les aliénés (Progrès médical 1902, p. 97) macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die daraus entspringen können, daß durch keinerlei gesetzliche Bestimmung das Recht chirurgischer Eingriffe an Geisteskranken einwandfrei geregelt ist. Die Familie hat oft Gründe, die Einwilligung zu einer lebensrettenden Operation zu verweigern, ein Vormund ist nicht immer vorhanden. Deshalb fordert er eine gesetzliche Regelung.

72. Rudeß: Syphilis und Gonorrhoe vor Gericht. (Berlin, H. Vasehoff, 02). Ohne gerade besonders neue Gesichtspunkte zu bringen, hat Rudeß die Gesetze über Geschlechtskrankheiten im öffentlichen und Eherecht in brauchbarer und verständiger Weise zusammengestellt.

73. Die Besprechung von Eduard Langs: Lehrbuch der Geschlechtskrankheiten (Wiesbaden, J. F. Bergmann) rechtfertigt sich an dieser Stelle durch einen Vorschlag, den er im Interesse der Erwerbung besserer Kenntnisse der Syphilisprophylaxe macht. Er glaubt, daß man berechtigt sei — die Einwilligung der betreffenden

Personen und Behörden vorausgesetzt — Strafgefangene zum freiwilligen Anerbieten als Versuchspersonen zu veranlassen, um ihnen dadurch die Möglichkeit zu einer guten Tat zu geben. Die sofort einzuleitende Behandlung werde es ermöglichen, größeren Schaden sofort fast mit Sicherheit zu verhindern.

74. Ernst Schulze: Der Arzt als Sachverständiger und sachverständiger Zeuge (Vierteljahrschrift für gerichtl. Medizin, 3. F. XXV. Suppl.-Heft) rät dem Arzte, jedes Eingehen auf andere als rein tatsächliche Wahrnehmungen abzulehnen, falls er als sachverständiger Zeuge vernommen werde, und, wenn der Richter auf die Erweiterung der Aussagen auf Dinge bestehe, die unter den Begriff des Sachverständigenurteils fallen, eventuell im Beschwerbeweg die Sachverständigengebühr zu verlangen. Schulze hat diesen wunden Punkt, der in einzelnen Gegenden Deutschlands gelegentlich zu recht unliebsamen Reibereien zwischen Ärzten und Juristen führt, vorzüglich dargestellt und damit der Reform dieses Paragraphen einen wichtigen Dienst geleistet.

75. Joh. Bresler: Die Rechtspraxis der Ehescheidung bei Geisteskrankheit und Trunksucht seit Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches (Halle a. S., Marhold). Nachdem sich erst die Theoretiker (Psychiater und Juristen) vergeblich bemüht hatten, eine Einigung darüber zu erzielen, wie die schwer faßbaren Bestimmungen des § 1569 B.G.B. zu umgrenzen seien, zeigt sich nunmehr, daß auch die Praktiker sehr verschiedener Ansicht sind. Bresler stellt einige Entscheidungen höherer Instanzen zusammen. Das eine Mal wird unter Aufhebung der geistigen Gemeinschaft der geistige Tod, die völlige Geistesumnachtung verstanden, ein anderes Gericht nimmt sie sogar nur dann an, wenn das Bewußtsein vom Bestehen der Ehe überhaupt erloschen ist, also bei tiefster Verblödung. Das lehnt wieder ein anderes Gericht ab und erkennt auch da noch auf Ehescheidung, wo das Bewußtsein des ehelichen Bundes völlig erhalten ist. Bresler selbst definiert die geistige Gemeinschaft als das Vorhandensein eines im wesentlichen gleichen Gedankeninhaltes über die Ehe bei den Ehegatten und die Möglichkeit einer wechselseitigen Einwirkung auf diesen Gedankeninhalt. Er hebt mit Recht hervor, daß nicht nur das Interesse des kranken, sondern auch des gesunden Ehegatten gewahrt bleiben müsse. Sehr wichtig ist, daß in einem Urteil die beantragte Ehescheidung wegen Mißhandlung und Beschimpfung durch den kranken Ehegatten eben wegen der Krankheit abgelehnt wurde, gleichzeitig aber auch die Ehescheidung auf Grund des § 1569.

Nicht gebilligt wird die Entscheidung, daß die Kosten der siegenden Partei zufallen.

In einem zweiten Teile werden einige Urteile wiedergegeben, durch die Trunksucht als ehrloses und unsittliches Verhalten im Sinne des § 1568 B.G.B. angesehen wird.

76. Cramer: Entmündigung wegen Trunksucht (Der Alkoholismus Bd. IV Heft 3) bedauert, daß die Entmündigung meist

erst ausgesprochen werde, wenn die Familie bereits ruiniert und die Entmündigung so gut wie unmöglich erscheine. Nur das frühzeitige Eingreifen kann Nutzen bringen. Bei Aufhebung der Entmündigung ist dringend zu empfehlen, auf dem Eintritt in einen Abstinenzverein zu bestehen.

77. Endemann: Die Entmündigung wegen Trunksucht und das Zwangsheilverfahren wegen Trunkfälligkeit. Bisherige Erfahrungen. Gesetzgeberische Vorschläge (Halle, Marhold, 04) unterscheidet Trunkfällige, d. h. solche Trinker, die noch keine ausgesprochene Form geistiger Erkrankung zeigen, und geistesranke Trunksüchtige. Die Prognose der ersten Gruppe ist gut, die der zweiten fast aussichtslos. Um alle aus dem Wortlaut entstandenen Mißverständnisse zu beseitigen, schlägt Endemann als Fassung des § 6³ B.G.B. vor:

„Entmündigt kann werden, wer infolge von Trunksucht die Gesamtheit seiner Angelegenheiten nicht vernunftgemäß zu besorgen vermag, oder wer infolge von Trunkfälligkeit sich oder seine Familie der Gefahr des Notstandes aussetzt oder die Sicherheit anderer gefährdet.“

Sehr wichtig ist die Betonung, daß sowohl im Interesse der Trinker wie der Armenpflege und der öffentlichen Sicherheit die Zwangsheilung eingeführt werden müsse; E. macht dazu sehr beachtenswerte Vorschläge.

78. Bei Schäfer: Die Aufgaben der Gesetzgebung hinsichtlich der Trunksüchtigen nebst einer Zusammenstellung bestehender und vorgeschlagener Gesetze des Auslandes und Inlandes (Halle, Marhold, 04), findet sich eine Sammlung der meisten gesetzlichen Bestimmungen, und zwar sowohl der straf- wie bürgerlich-rechtlichen und der eigentlichen Trunksuchtsgesetze.

79 a. Ernst Schulze: Die Stellungnahme des Reichsgerichts zur Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche und zur Pflegschaft nebst kritischen Bemerkungen (Halle, Marhold, 03), geht von einer bemerkenswerten Entscheidung des Reichsgerichts (IV. Zivilsenat 13. II. 1902) aus, in dem das Reichsgericht sich auf den von den meisten Psychiatern vertretenen Standpunkt stellt: die Entmündigung wegen Geisteskrankheit sei die schwerere, die wegen Geisteschwäche die leichtere Form; demnach hänge die Entscheidung, ob Geisteskrankheit oder Geisteschwäche anzunehmen sei, von dem Einfluß der Störung auf die Besorgung der Angelegenheiten ab. Daraus ergibt sich für den Sachverständigen, daß er sich nicht auf die Feststellung der Psychose beschränken darf, sondern auch erörtern muß, welche Schädigung der bürgerlichen Rechtsfähigkeit die Erkrankung mit sich bringt. Leider hat Schulze sich nicht energisch gegen die bekannte Auffassung des Reichsgerichts gewandt, nach der nur die Unfähigkeit zur vernünftigen Besorgung der Gesamtheit der Angelegenheit die Entmündigung rechtfertige.

Ferner erörtert Schulke die Pflugschaft, die gemäß einer neuen Reichsgerichtsentscheidung (Band 52 S. 240) auch dann möglich ist, wenn es sich um Geisteschwache handelt.

79 b. Sehr brauchbar haben sich die wichtigen Entscheidungen auf dem Gebiete der gerichtlichen Psychiatrie (Halle, Marhold) erwiesen, die Ernst Schulke nun schon zwei Jahre hintereinander mit großer Sorgsamkeit genau zusammengestellt hat.

80. Hans Ostwald: Das Leben der Wanderarmen (Arch. für Kriminalanthropol. XIII S. 297) ist ein vorzüglicher Kenner der Landstraße, auf der er selbst lange Zeit gelebt. Er skizziert kurz das Leben und die Psychologie der Wanderarmen. Wirkliche Verbrecher findet man nur wenig auf der Landstraße. Die starke Anhäufung in den Wintermonaten, in denen doch gewiß das Wandern keinen verlockenden Reiz mehr bietet, beweist den Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit. Noch deutlicher geht das aus dem Andrang zu den Arbeiterkolonien hervor, in die freiwillig Arbeitswillige eintreten, um angestrengter zu arbeiten und bestenfalls so gut wie Zuchthäusler versorgt zu werden.

81. Robert von Hippel: Zur Vagabundenfrage (Berlin, Otto Liebmann), trennt den Gelegenheitsvaganten, den augenblickliche Notlage auf die Landstraße treibt, und der der Hilfe bedarf, von dem gewerbmäßigen Landstreicher. Für den erstern ist eine Ausdehnung des Verpflegungssystems notwendig; die Arbeiterkolonien müssen die Zufluchtsstätte dieser Arbeitswilligen bleiben.

Dagegen verlangt er gegen die Gewohnheitsbettler, diese Parasiten des Rechtsfriedens, energische Maßnahmen; und zwar geht der Verfasser bis zur Forderung dauernder Internierung.

82. Das Gebiet der Prostitution und der sexuellen Anomalien weist quantitativ sehr viel Arbeiten auf, qualitativ nur wenig von Bedeutung. Als eine brauchbare Arbeit darf Wilhelm Fischers: Die Prostitution (Stuttgart-Leipzig, Karl Daser) bezeichnet werden. Sie gibt eine gewandte Geschichte der Prostitution und ihrer modernen Gestaltung einschließlich der Abarten. Mit Geschick wird die Kasernierung verteidigt.

83. Das Buch Quanters: Die Sittlichkeitsverbrechen im Laufe der Jahrhunderte und ihre strafrechtliche Beurteilung (Berlin, Bermühler, 04) ist inhaltlich nicht gerade originell; es bringt z. T. ganz beachtenswerte Vorschläge zur Abänderung des Abschnitts XIII R.St.G., ist aber durch greuliche Illustrationen entstellt.

84. Ganz wertlos und in ihrer ganzen Anlage nur auf ein Laienpublikum berechnet sind Uloff, Die Flagellomanie (Dresden, H. R. Dohrn), eine überflüssige Zusammenstellung von allerhand literarischen und historischen Notizen über Prügelftrafe und deren sexuellen Hintergrund, und **85.** Hansen: Stock und Peitsche. Ihre Anwendung und ihr Mißbrauch im Dienste modernen Straf- und Erziehungswesens (Dresden, H. R. Dohrn), das seine 2. Auflage vielleicht der Zutat von Bildern zu verdanken hat.

86. Auch dem Buche des Pariser Arztes Emile Laurent: *Sexuelle Verirrungen. Sadismus und Masochismus* (Berlin, H. Barsdorf, 04) läßt sich nicht viel Gutes nachsagen. Ein größeres Werk über die nachgerade bis zur Überfättigung breitgetretene Sexualpathologie hat nur dann Existenzberechtigung, wenn es dazu beiträgt, die Probleme einer Lösung näher zu bringen, oder neue Gesichtspunkte zutage fördert. Beides ist nicht der Fall. Die Übersetzung stammt von einer Dame, die ihr Interesse für die Sexualpathologie auch durch eigne Gedichte gezeigt hat.

87. Eulenburg: *Sadismus und Masochismus* (Wiesbaden, J. F. Bergmann), hat einen Versuch gemacht, diese abnormen Richtungen des Sexualempfindens durch eine schematische Zeichnung der Zentren und Nervenbahnen und des angenommenen Ortes der Störung verständlicher zu machen. Ich muß gestehen, daß mir diese doch nur rein hypothetische Darstellung wenig zusagt; sonst aber verdient die kurze Schilderung der Zustände alle Beachtung.

88. Der Kampf um die Abschaffung des § 175 findet seine Hauptstätte in den von Magnus Hirschfeld herausgegebenen Jahrbüchern für sexuelle Zwischenstufen. Diese sind nach und nach inhaltlich sehr viel besser geworden; an die Stelle einer völlig unangebrachten Verherrlichung jedes Homosexuellen, dessen Lebenslauf in sehr überflüssiger Breite wiedergegeben wurde, und dem Abdruck von Zeitungsabschnitten über Bestrafungen von Päderasten und über unerklärte Selbstmorde, an die Stelle dieses Inhalts sind mehr und mehr wissenschaftliche Arbeiten getreten. Unter diesen verdienen zwei eine besondere Besprechung. Hirschfeld: Das Ergebnis der statistischen Untersuchungen über den Prozentsatz der Homosexuellen (Band VI S. 109) ist der Frage nachgegangen, wie groß der Prozentsatz an Homosexuellen ist. Er benutzte da zwei Wege. Einmal machte er Stichproben, indem er sich von zuverlässigen Homosexuellen über ihre Beobachtungen innerhalb beschränkter Bevölkerungsfreie Auskunft geben ließ; z. B. über die Angestellten eines Warenhauses, eines Postamtes. Die Zahlen schwankten zwischen 1,0 und 5,7 pSt.

Der zweite Weg war der durch Umfrage. Er bat in einem meiner Überzeugung nach ebenso geschickten wie dezenten Schriftstücke 3000 Charlottenburger Hochschüler um Auskunft über ihr sexuelles Empfinden. Da die Antwortarten nur ein Unterstreichen verlangten, war die Anonymität völlig gewahrt. Von 1696 Beantwortern erklärten sich 1593 für heterosexuell, 26 für homosexuell, 77 für bisexuell. Hirschfeld hält sich zu der Annahme berechtigt, daß unter den 1141 Nichtbeantwortern (der Rest war unbestellbar oder konnte wegen Unklarheit der Antwort nicht verwertet werden) ebenso viele Homosexuelle seien. Ich halte seine Gründe nicht für ausreichend und halte auch die Zuverlässigkeit der Antworten nicht für einwandfrei.

Eine zweite Sammelforschung richtete sich an 5721 Eisendreher; unter 1912 Antworten wurde in 1,1 pSt. Homosexualität, in 3,2 pSt.

Bisexualität angegeben. Die Sammelforschungen von Dr. von Römer (595 Amsterdamer Studenten) ergab 6 Homo-, 12 Bisexuelle.

So kommt Hirschfeld zu der Zahl von 1 200 000 Homosexuellen in Deutschland, 56 000 allein in Berlin.

Ich kann mich nicht davon überzeugen, daß diese Statistik ein richtiges Bild gibt. Diese Zahlen sind viel zu hoch. Ich berufe mich dabei auf die Angaben von Homosexuellen aller Stände, denen fast stets nur ganz vereinzelte Leidensgenossen bekannt waren.

Dagegen kann man Hirschfeld nur zustimmen, wenn er nachzuweisen sucht, daß die Seltenheit der Bestrafungen auf Grund des § 175 in keinem Verhältnis zu der Häufigkeit des Delictes steht. Er rechnet auf je drei Homosexuelle zwei, die gegen den § 175 verstoßen und zwar wöchentlich einmal; dann würden nur 0,007 pSt. aller Verfehlungen zur Verurteilung führen; allerdings ein unhaltbarer Zustand.

89. Sehr erhebliche Bedenken muß der Aufsatz von Hirschfeld: Der urnalische Mensch (Jahrbuch V S. 1) hervorrufen. Er sucht die Gegner der Anschauung, daß die urnalische Veranlagung angeboren sei, durch zahlreiche Einzelbeobachtungen zu widerlegen, aus denen hervorgehen soll, wie früh schon die entschiedene Richtung des sexuellen Fühlens auf das eigne Geschlecht bemerkbar wird. Der Verfasser übersieht dabei, wieviel Zufälligkeiten bei dem Spielen der Kinder vorkommen, und wieviel Erinnerungsälschungen die retrospektive Betrachtung erschweren. Gänzlich in der Luft steht die Behauptung, daß viele sogenannte allgemein verengte Becken in Wirklichkeit nur virile Becken seien.

90. In Iwan Bloch: Beiträge zur Ätiologie der Psychopathia sexualis (Dresden, M. R. Dohrn) ist dem wissenschaftlich-humanitären Comité ein nicht zu unterschätzender Gegner erwachsen. Seine Belesenheit und seine Sachkenntnis hat Bloch-Dühren in vielen Werken bewiesen, deren Inhalt eine unerschöpfliche Fundgrube für jeden ist, der auf dem Gebiete der Sexualforschung tätig ist.

Blochs Ausführungen gehen dahin, darzutun, daß wir mit der ausschließlich medizinischen Auffassung der sexuellen Verirrungen einseitig bleiben, und daß die anthropologisch-ethnographische Forschung zur Ergänzung herangezogen werden muß. Aus ihr ergibt sich, daß die geschlechtlichen Anomalien, insbesondere die Homosexualität, überall und zu allen Zeiten verbreitet waren; der „geschlechtliche Reizhunger“ (Höche), das Variationsbedürfnis sei die Ursache aller (?) sexueller Abnormitäten und Perversionen. Bloch ist ein entschiedener Anhänger der Theorie von der Erwerbung der Homosexualität. Wenn ich auch selbst diese Auffassung mit der Einschränkung vertrete, daß die einseitige Richtung der sexuellen Empfindung im Sinne der Homosexualität oder des Fetischismus sowie aller andern Abarten nur auf psychopathischem Boden die Herrschaft über die normale Empfindung gewinnen kann, so teile ich doch nicht Blochs Furcht vor moralischer und physischer Entartung des Menschengeschlechts bei Abschaffung des § 175.

91. Aus Eugen Dühren: Neue Forschungen über den Marquis de Sade und seine Zeit (Berlin, Max Harnitz, 04), geht hervor, daß de Sade einen sehr ernsthaften Versuch zur wissenschaftlichen Beschreibung der Psychopathia sexualis gemacht hat. Seine Annahme, daß das Schamgefühl keine angeborene sondern anergogene Eigenschaft sei, wird neuerdings besonders von Bloch und Ellis verfolgt. Unter den für das Sexualleben und seine Abarten bedeutsamen Faktoren steht neben dem Lebensalter, dem Klima, der psychischen Suggestion auf die Massen als wichtige Quelle der sexuellen Korruption die öffentliche Gerichtsverhandlung bei Sittlichkeitsverbrechen.

Interessant ist, daß de Sade eine Ansicht über den Verbrecher entwickelt, die sich der Lombrosos stark nähert. Die Vergeltungstheorie ist ungerecht und unwirksam, da sie ihren Zweck verfehlt, den Verbrecher nicht besser machen, dem Staat nichts nützen kann. Der Verbrecher muß aus der menschlichen Gesellschaft entfernt werden, wenn es sein muß, dauernd.

92. Zum Schlusse seien noch harmlose Skizzen erwähnt, Aus der Sprechstunde des Anwaltes. Forensische und kriminalsexuelle Studien, die unter dem Pseudonym Severferenus (Hannover, W. u. S. Schaper) erschienen sind. Sie schildern, zum Teil nicht ohne Humor, die Erlebnisse der Anwaltsprechstunde. Die zweifellos der Erfahrung entsprungenen Bemerkungen über die Häufigkeit von Erpressungen mit und ohne sexuelle Verfehlungen werfen auf den heiteren Hintergrund ernste Schatten.

33.

Materielles Militärstrafrecht.

Berichtersteller: Kriegsgerichtsrat Hauptmann d. R. Dr. E. Steidle in Neuulm.

1. Über „Militärstrafrecht, Disziplinarstrafgewalt und Ehrengerichte im deutschen Heere“ brachte Rissom (Berlin, Scholl, 03, 1,65 Mk.) eine Broschüre, die den ersten Teil in zwei Kapiteln behandelt: Materielles Militärstrafrecht und Militärstrafprozeß, dem letzten noch einen Abschnitt über Zweikampf folgen läßt. Er geht davon aus, daß drei ineinander ruhende Kreise gegeben seien: die staatliche Rechtsstrafe, die spezielle Disziplinarstrafe des Heeres, und die ehrengerichtliche Strafe, — eine „kaum auf andern Lebensgebieten erreichte Fülle von Strafgewalten“. Die mehr im Plauderton gehaltenen Darlegungen Rissoms enthalten manches Beachtenswerte, so, wenn er hervorhebt, daß eine Prüfungspflicht des Untergebenen, ob ein Befehl auf eine strafbare Handlung abziele, nicht gesetzlich aufgestellt ist und eine Bestrafung wegen Fahrlässigkeit